

Zwischenbericht zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes „Wohnungslosenhilfe“ Stand: 02/2019

Das Gesamtkonzept zur Wohnungslosenhilfe in der Universitätsstadt Marburg wird seit 2015 kontinuierlich umgesetzt. Der Umsetzungsprozess wird von der Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Wohnungslosenhilfe“ gestaltet und ist durch Protokolle und Unterlagen auf der städtischen Homepage dokumentiert: www.marburg.de/wohnen. In der Arbeitsgruppe „Wohnungslosenhilfe“ stehen sowohl die inhaltliche als auch die bauliche Umsetzung des Gesamtkonzeptes im Fokus, wobei für den baulichen Aspekt regelmäßig Vertreter*innen des städtischen Fachbereiches „Planen, Bauen, Umwelt“ an den Arbeitstreffen teilnehmen.

Das Gesamtkonzept bezieht den Standort „Gisselberger Straße“ (Städtisches Übernachtungsheim, Tagesaufenthaltsstätte und Fachberatung des Diakonischen Werkes Marburg-Biedenkopf) und die städtischen Obdachlosenunterkünfte im Ginseldorfer Weg mit ein. An dem Prozess sind die lokalen Akteure der Wohnungslosenhilfe sowie Wohnungsbaugesellschaften beteiligt. Eine Liste aller Prozessbeteiligten ist online einsehbar. Ansprechpartnerin und Prozesskoordinatorin ist die Sozialplanung.

Zur inhaltlichen Umsetzung gehört die strukturelle Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe und Regelung von Abläufen. Konkret wurden beispielsweise zu Beginn des Prozesses Gespräche mit den Bewohner*innen der Obdachlosenunterkünfte geführt und regelmäßig stattfindende Fallkonferenzen installiert. Ziel dieser Fallkonferenzen ist es, Perspektiven für die im Waldtal untergebrachten Menschen zu finden. Das neue Angebot des „Probewohnens“ wurde eingeführt, das über eine gemeinsam erarbeitete Kooperationsvereinbarung¹ geregelt ist. Das Angebot gibt es seit 2018 und ist auf die Bereitstellung von geeigneten Wohnungen der Wohnungs(bau)gesellschaften angewiesen. Zur Unterstützung der Probewohnenden ist eine Honorarkraft von der Stadt Marburg eingestellt worden. Zur Förderung der Zusammenarbeit und Abstimmung sind die Anfang 2016 eingeführten Arbeitsgruppensitzungen sehr wichtig. Modelle, wie der Ansatz „Hotel Plus“ wurden für Marburg diskutiert und Alternativen für den Standort „Ginseldorfer Weg“ beraten, da dieser aufgelöst werden soll. Da für diese Unterkünfte bisher kein geeignetes Bestandsgebäude als Ersatz gefunden werden konnte, gibt es die Überlegung, die benötigten 40 Plätze auf zwei oder drei geeignete Standorte zu verteilen. In der Fachgruppe findet ein regelmäßiger Austausch über diese Entwicklungen und die Einschätzung von Bedarfen statt, da für Marburg keine Gesamtstatistik „Wohnungslosenhilfe“ vorliegt. Die Einführung einer einheitlichen Statistik-Software ist im Rahmen der AG geprüft worden, konnte aber aufgrund der organisatorischen Gegebenheiten noch nicht eingeführt werden.

¹ Die Kooperationsvereinbarung zum Probewohnen wurde von Vertretungen der Stadtverwaltung der Universitätsstadt Marburg, des AKSB, des Diakonischen Werkes MR-BID, der GeWoBau, der GWH, der Hephata Diakonie, der SHM und der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt unterschrieben.

Zur baulichen Umsetzung des Konzeptes für den Standort „Gisselberger Straße“ hat der Magistrat 2017 den Bedarf anerkannt sowie der Grundlagenermittlung und Vorplanung durch den Fachdienst Hochbau zugestimmt. Laut der Bedarfsanerkennung (VO/5779/2017) wird ein Neubau statt einer ursprünglich angedachten Sanierung empfohlen. Für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Strukturen ist dieser Neubau dringend erforderlich. Der entsprechende Raumbedarfsplan wurde von allen Beteiligten im Rahmen der AG Wohnungslosenhilfe erarbeitet. Dieses Raumprogramm beruht u.a. auch auf neuen Angeboten, die installiert werden sollen. Nach einer längeren Grundstückssuche, die durch die Protokolle der Arbeitsgruppe dokumentiert ist, soll der benötigte Neubau am gleichen Standort in der „Gisselberger Straße“ umgesetzt werden. Aufgrund einer in Aussicht stehenden Interimslösung wird der Neubau in einem Bauabschnitt geplant und es wird mit einem Umsetzungszeitraum von 3,5 bis 4 Jahren gerechnet. Für die Vorbereitung der Baumaßnahmen stehen finanzielle Mittel beim Fachdienst Hochbau im Haushaltsplanentwurf 2019.